



# **Musterschüler oder Prügelknabe?**

**Tatsachen und Meinungen zur Bedeutung der  
Versicherungsindustrie für den Wirtschaftsstandort Schweiz**

Dr. Rolf Dörig  
Präsident der Konzernleitung  
Swiss Life

Volkswirtschaftliche Gesellschaft des Kantons Bern

Donnerstag, 23. Juni 2005

Kultur-Casino, Bern

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Ich danke Hans-Ueli Müller und der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft des Kantons Bern ganz herzlich für die Einladung. Ich bin heute sehr gerne nach Bern gekommen. Gerade in diesem Sommer hat Bern ja einiges zu bieten. Ganz Bern ist auf den Beinen, putzt sich heraus für all die Galas, Vernissagen und Eröffnungsfeiern. Und jetzt komme ich - erst noch einer von Zürich - und wage es, in diesen Berner Sommer der Superlative - eben Bern hoch 3 - einzubrechen. Ich freue mich mit Ihnen, liebe Bernerinnen und Berner, über diesen kulturellen Jahrhundertssommer. "Bern bewegt sich also doch!" Das tut der Stadt Bern gut, dem Espace Mittelland und der ganzen Schweiz. Da ist besonders jemand wie ich aus Downtown Switzerland beeindruckt. In Zürich hat man diesen Sommer ja nur ein paar Hundert Teddybären in der Stadt verteilt. Das ist doch gegenüber dem neuen Klee-Zentrum von Renzo Piano und einer Ausstellung der grössten und wichtigsten Sammlung zeitgenössischer Chinesischer Kunst schon fast provinziell. Und das neue Wankdorf - Entschuldigung das neue Stade de Suisse - habe ich ganz vergessen. Ja, beim Thema Stadion hätte man als Zürcher so einiges zu erzählen...Aber ich bin ja heute nicht eingeladen worden, um über die kulturellen und architektonischen Initiativen in Schweizer Städten zu sprechen, sondern über die Schweizer Versicherungswirtschaft. Als Chef der Swiss Life-Gruppe tue ich dies unter spezieller Berücksichtigung von Vorsorge und Lebensversicherung.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

Die Versicherungsindustrie ist seit vielen Jahren ein wichtiger Pfeiler des Wirtschaftsstandortes Schweiz. Das lässt sich am besten mit Zahlen und Fakten untermauern. Die Schweizer Versicherungsindustrie beschäftigt 135'000 Personen, also etwas mehr als die Stadt Bern Einwohnerinnen und Einwohner hat. Von diesen 135'000 Beschäftigten sind zwei Drittel im Ausland tätig, was die starke Internationalisierung unserer Industrie unterstreicht. Zählt man die Pensionskassen hinzu, arbeiten in der Schweiz rund 63'000 Personen im Versicherungs- und Vorsorgebereich, darunter mehr als 2000 Lehrlinge. Das sind rund 2% aller Erwerbstätigen. Die hohe Zahl an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist nicht zuletzt auf die ökonomische und soziale Rolle unserer Branche in der Schweiz zurückzuführen. Über die Funktionsweise von Versicherungen gibt es zwar unterschiedliche Auffassungen. So bezeichnete einmal ein Journalist die Versicherung als

Lotto, bei dem man nur gewinnt, wenn man Pech hat. So schlimm ist es glücklicherweise nicht. Was die Versicherungsunternehmen jedoch den Privat- als auch den Firmenkunden bieten, ist ein Risikoschutz durch die Übernahme und die Diversifikation von Risiken. Damit hat der Kunde mehr finanzielle Sicherheit und verringert seine Kapitalkosten. Dieses Angebot ist offensichtlich überzeugend, denn Versicherungsprodukte erfreuen sich in der Schweiz grosser Beliebtheit. Sie geniessen sowohl in der Wirtschaft als auch in der Bevölkerung einen hohen Stellenwert. Wussten Sie, dass private Haushalte im Durchschnitt einen Fünftel ihres Haushaltsbudgets für Versicherungen (inkl. Sozialversicherungen) aufwenden? Das ist gleich viel, wie Herr und Frau Schweizer für das Wohnen ausgeben und somit der grösste Budgetposten. Die hohe Bedeutung des "Versichertseins" zeigt sich aber auch im internationalen Vergleich. Die Schweiz führt mit rund 7000 Franken die Rangliste der Prämienvolumen pro Kopf deutlich an. Der Nutzen der Versicherungen zeigt sich schliesslich ganz konkret in den ausbezahlten Leistungen. Diese betragen 2004 rund 30 Milliarden Franken. Von den Lebensversicherungen stammte davon rund die Hälfte. Die Versicherungen gehören auch zu den grössten institutionellen Investoren. Dabei gilt es, Kundengelder in der Höhe von rund 500 Milliarden Schweizer Franken anzulegen. Das ist mehr als die Schweiz in einem Jahr erwirtschaftet. Investiert wird in Staatsanleihen, Obligationen, aber auch in Immobilien und Aktien. Aufgrund des langfristigen Anlagehorizonts sind Lebensversicherer und Pensionskassen an Bundesobligationen besonders interessiert. Mit 170 Milliarden Schweizer Franken an Anlagen in Staatsanleihen leistet die Versicherungswirtschaft einen substanziellen Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Hand. Aber auch privatwirtschaftliche Unternehmen werden von der grossen Finanzkraft der institutionellen Anleger beeinflusst: Jede zehnte Aktie, die in der Schweiz gehandelt wird, gehört den Pensionskassen oder dem AHV-Ausgleichsfonds. Noch ein Wort zur Bedeutung unserer Branche im internationalen Wettbewerb der Versicherungsgesellschaften. Die Schweiz trägt "lediglich" 0.7% zum weltweiten Bruttoinlandprodukt bei. Mehr als doppelt so hoch - nämlich 1,6% - ist dieser Schweizer Anteil, wenn wir die Versicherungsbranche für sich allein betrachten. Und der weltweite Marktanteil der Schweizer Versicherer beträgt gar 5,8%. In welcher andern Branche - ausser der Pharmaindustrie - wird die Schweizer Stimme ähnlich stark gehört? Meine Damen und Herren, das Gesagte zeigt: die Versicherungsindustrie ist und - das nehme ich vorweg - bleibt von grosser Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Schweiz.

Und doch, verehrte Gäste, darf sich unsere Branche nicht als Musterschüler rühmen. Sollten wir dieses Etikett einmal getragen haben, so haben wir es verloren. Der Tiefpunkt war erreicht, als sich die grossen Versicherungen im Jahr 2002 mit Kapitalerhöhungen rund 9 Milliarden frisches Kapital beschaffen mussten. Wie konnte es so weit kommen? Im Jahr

2002 wurde offensichtlich, was in den Jahren davor falsch gelaufen war. Rückblickend sind fünf Fehlentwicklungen erkennbar, die sich schon lange vorher abzeichneten, die aber während Jahren niemand sehen wollte. Erstens der blinde Glaube an das Wachstum. Big was beautiful. Und wer selber noch nicht gross genug war, tat sich mit einem anderen zusammen oder ging auf Brautschau. Hauptsache war, gross und führend zu sein. Zweitens der überhitzte Wettbewerb. Hohe, zu hohe Renditeversprechen. Im Kollektiv- wie im Einzellebengeschäft. Der Mindestzins und der Rentenumwandlungssatz lassen grüssen. Als dritte Fehlentwicklung nenne ich die damals hohen Aktienquoten. Um überhaupt eine Chance zu haben, die hohen Renditeversprechen zu erreichen, wurden die Aktienquoten hoch gefahren. Ohne dass die Angemessenheit im Verhältnis zum Eigenkapital geprüft wurde. Und ohne dass die Risikofähigkeit des Unternehmens zur Diskussion stand. Jeder rannte in die Falle. Nicht nur die Schweizer Versicherer. Auch unsere Branchenkollegen in ganz Europa. Die Abhängigkeit von der Börsenentwicklung war enorm. Die vierte Fehlentwicklung war das Ignorieren des Kostenanstiegs. Die Kosten schnellten in die Höhe. Doch niemand wurde zur Kasse gebeten. Die Börsenerträge sorgten in den 90er Jahren dafür, dass sich keiner für dieses Übel interessierte. Und fünftens kam auch noch das fehlende Controlling hinzu. Mit Blick auf die vielen Vorsorge-Experten, von denen Sie jetzt täglich in der Zeitung lesen, ist dies kaum zu glauben. Kaum einer von ihnen hob rechtzeitig den Mahnfinger. Weder die Analysten, noch die Rating-Agenturen, noch die Sachverständigen aus den Kommissionen des Bundes. Mit diesen Fehlentwicklungen einher ging gerade bei den Lebensversicherern ein Geschäftsmodell, das schlicht nicht nachhaltig war. Während die kumulierten Gewinne der Schweizer Versicherer Ende der 90er Jahre noch anwuchsen, gingen die kumulierten Bewertungsreserven in der gleichen Periode rasant zurück. Geblendet von den hohen ausgewiesenen Gewinnen dachte niemand daran, Gegensteuer zu geben. Erst im Jahr 2002 - im freien Fall - wurde der Rettungsschirm gezogen - mit teuren Kapitalerhöhungen. Aus heutiger Sicht ist jedem klar: Der Boom der 90er Jahre war nichts als eine Blase und die letzten drei Jahre nichts als die notwendige Korrektur. Es handelte sich bei dieser Entwicklung deshalb auch nicht um den Anfang vom Ende der Lebensversicherungsindustrie, sondern um die Rückkehr zur Realität.

In der Zwischenzeit sind wir Versicherer wieder erstarkt. Wir haben unsere Häuser in Ordnung gebracht. Wohl werden unsere Bäume nie mehr in den Börsenhimmel wachsen, aber unsere Unternehmen stehen auf einer soliden Grundlage, um das Versicherungsgeschäft profitabel zu betreiben. Diese erfreuliche Perspektive gibt uns aber auch die Kraft, wieder als glaubwürdiger Partner für eine langfristige Sicherung der Altersvorsorge aufzutreten. Und in diesem Bereich gibt es einiges zu tun.

Damit komme ich zu unserem Schweizer Vorsorgesystem. Die Weltbank hat kürzlich einen weiteren Beweis für den Vorbildcharakter unseres schweizerischen Drei-Säulen-Modells in der Altersvorsorge geliefert. Weil der wachsenden und dabei immer älter werdenden Welt eine Rentenkrise droht, empfiehlt die Weltbank den Staaten ein Rentensystem auf mehreren Säulen, mit einer ausgewogenen Mischung aus staatlich und privat finanzierter Vorsorge. Worum es der Weltbank geht, verdeutlicht ein Blick ins benachbarte Ausland. Egal in welche Himmelsrichtung wir blicken, alle unsere Nachbarn mühen sich im Zuge der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklungen ab, ihre Vorsorgesysteme endlich auf eine breitere, tragfähigere Basis zu stellen. Unter grosser Anstrengung versuchen sie, ihre fatale Abhängigkeit von der staatlichen, im Umlageverfahren finanzierten 1. Säule zu verringern und ein zweites Vorsorgebein aufzubauen. In der Schweiz stehen wir seit langem auf mehreren Beinen. Allen Unkenrufen zum Trotz haben wir im Vergleich mit anderen Staaten einen guten Stand und darum keinen Grund, das Gewicht mehr auf das eine oder andere Bein zu verlagern. Ein Ausbau der AHV, wie er jetzt wieder diskutiert wird, schiesst am Ziel vorbei. Aber den Zeichen der Zeit gehorchend müssen wir AHV und berufliche Vorsorge so weit fit trimmen, damit uns das eine oder andere Bein dereinst nicht kraftlos einknickt.

Wie Sie wissen, ist die Altersvorsorge im allgemeinen und damit unser Geschäft massgeblich durch die Entwicklungen in drei Bereichen geprägt: Demographie, Kapitalmarkt und regulatorisches Umfeld. Sie kennen die Fakten genauso gut wie ich, daher will ich Ihre Aufmerksamkeit lediglich auf ein paar wenige, aber bedeutende Tatsachen lenken.

Erstens zur demographischen Entwicklung. Unsere Gesellschaft sieht sich zwei Tendenzen gegenüber: Rückläufige Geburtenraten und steigende Lebenserwartung. Diese Entwicklungen ändern die Zusammensetzung unserer Bevölkerung merklich: Der Anteil alter Menschen wächst, während die Anzahl Erwerbstätiger zurückgeht - bald steht die Bevölkerungspyramide Kopf. Als Konsequenz daraus ist das Verhältnis zwischen den über 65-jährigen und den Erwerbstätigen, stetig angestiegen: Kamen bei der Gründung der AHV 1948 zwischen 6 und 7 Erwerbstätige auf eine pensionierte Person, so waren es im Jahr 2000 nur noch 4. Sollte sich dieser Trend in Zukunft fortsetzen, werden im Jahr 2040 noch zwei Erwerbstätige auf einen Rentner kommen! Dies strapaziert das Verhältnis zwischen den Generationen, weil immer weniger Aktive immer mehr Rentnerinnen und Rentner finanzieren müssen. Und dies notabene nicht nur im Rahmen der Altersvorsorge, sondern auch im Gesundheits- und Pflegebereich. Wenn die Politik mehr verspricht als die ökonomische Realität hergibt, so ist das nichts anderes als eine Umverteilung des Geldes von der jüngeren zu älteren Generation. Es wird der Moment kommen, wo die Erwerbstätigen diese

Bürde nicht mehr alleine tragen können. Und stagniert die Wirtschaft weiterhin, wird dieser Zeitpunkt rascher da sein, als wir dies heute erwarten. Es liegt auf der Hand, dass sich die demographische Entwicklung unmittelbar auf unsere erste Säule auswirkt. Die Ausgaben werden dort Zug um Zug durch die Einnahmen gedeckt. Das Geld wird nicht gespart, sondern direkt umgelegt. Die AHV gerät so aus den Fugen, Berechnungen für die Zukunft untermauern dies. Experten schätzen die Finanzierungslücke bei der AHV bis im Jahr 2025 auf bis zu 14 Milliarden Franken. Damit könnte man eine komplette NEAT finanzieren. Hier besteht also Handlungsbedarf und zwar nicht in Pflasterlimanier, sondern in Form von wirksamen, nachhaltigen Massnahmen. Meines Erachtens müsste eine AHV- Reform fünf Komponenten umfassen:

1. Die Trennung von IV und AHV.
2. Die Anpassung der Leistungen an die Realitäten.
3. Die Flexibilisierung des Rentenalters - und zwar nach oben und nach unten.
4. Das Ersetzen des Mischindex durch einen Teuerungsindex und
5. das Erschliessen neuer Finanzierungsquellen.

Die Invalidenversicherung ist hoch verschuldet und fährt jedes Jahr neue Milliardendefizite ein. Das belastet unweigerlich die Rechnung der AHV. Deshalb muss die IV von der AHV abgekoppelt und dringendst saniert werden. Auch im Interesse der BVG-Versicherten. Bei jedem IV-Fall zahlt nämlich die staatliche Invalidenversicherung nur rund ein Viertel. Zur Kasse gebeten werden aber auch die Krankentaggeldversicherung des Betriebs und zum weitaus grössten Teil die Pensionskasse oder deren Rückversicherung. Konkret schlägt sich dies für den einzelnen Betrieb und seine Mitarbeitenden in massiven Prämienaufschlägen bei der Krankentaggeldversicherung und ebenso einschneidenden Erhöhungen der Risikoprämien bei der Pensionskasse nieder. Die Zeche für jeden neuen IV-Fall bezahlen also primär die Angestellten und der Betrieb. Das scheint aber bis anhin vielen Leuten nicht bewusst zu sein.

Auf der Leistungsseite sind bei einer Reform, die diesen Namen auch verdient, gezielte Anpassungen der Renten unabdingbar. Die scheinbar in Stein gemeisselte Unantastbarkeit aller Rentenansprüche muss überwunden werden. Das *pièce de résistance* ist aber die Erhöhung des Rentenalters. Zwar wurde in dieser Frühjahrssession der Bundesrat beauftragt, ein Modell für ein flexibles Rentenalter vorzulegen. Dies, meine Damen und Herren, ist allerdings nur ein Tropfen auf den heissen Stein. Denn das Pensionierungsalter, das seit der Einführung der AHV im Jahre 1948 nur einmal - letztes Jahr für die Frauen - angepasst wurde, bleibt hinter der steigenden Lebenserwartung zurück. Hätte man das

Pensionierungsalter an die Lebenserwartung gekoppelt, läge es heute bei 70 Jahren. Unvernünftig sind deshalb die neuesten Forderungen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes für ein flexibles AHV-Alter mit einer garantierten vollen AHV-Rente ab 62 Jahren. Das ist, nach vier ähnlichen, allesamt abgeschmetterten Initiativen, reine Zwängerei und eine Politik mit dem Rücken zur Zukunft. Warum? Weil sich der SGB um die finanziellen Folgen foutiert. Der Tradition gehorchend sollen weitere Lohnprozente erhoben werden. Damit werden aber nicht nur die Erwerbstätigen, die ohnehin schon unter Druck sind, sondern auch die Rentner belastet. Weiter würde damit der Faktor Arbeit zusätzlich verteuert und damit unser schon jetzt bedrängter Standortvorteil noch zusätzlich untergraben. Letzten Endes hätten also die vermeintlich sozialen Ansprüche des SGB höchst unsoziale Folgen für alle.

Werfen wir nun einen Blick auf die zweite Säule und fragen uns, welche Auswirkungen dort die demographische Entwicklung hat. Die kapitalgedeckten Vorsorgesysteme sind in Bezug auf die Veränderungen der Demographie robuster, weil grundsätzlich jede versicherte Person ihr eigenes Deckungskapital anspart und als Rente verzehrt. Dadurch wird aber der Rentenumwandlungssatz zur Schlüsselgrösse. Dieser Satz bestimmt die Raten, mit denen das angesparte Kapital ausbezahlt wird. Es leuchtet ein, dass der Umwandlungssatz mit zunehmender Lebenserwartung gesenkt werden muss, da die Anzahl Raten erhöht wird. Bildlich gesprochen: Der Kuchen bleibt gleich gross, muss aber in kleinere Stücke geschnitten werden. Und dies, meine Damen und Herren, ist kein bösartiger Leistungsabbau, sondern einfachste Mathematik. Was geschieht aber, wenn dieses Verkleinern der Kuchenstücke auf sich warten lässt? Wenn die Senkung des Umwandlungssatzes unterbleibt oder zu langsam und in zu kleinen Schritten erfolgt? Dann resultiert die bereits erwähnte ungerechtfertigte und in der beruflichen Vorsorge auch völlig unbeabsichtigte Umverteilung von den Erwerbstätigen zu den Pensionierten. Diese Umverteilung gefährdet die Nachhaltigkeit der Vorsorge. Es gilt deshalb, den Umwandlungssatz rasch auf ein realistisches Niveau zu senken.

Neben der demographischen Entwicklung ist für das Geschäft mit der Altersvorsorge der Verlauf am Kapitalmarkt von grosser Bedeutung. Wenn jemand 40 Jahre auf ein Konto einzahlt, macht es enorm viel aus, ob dieses Kapital zu 3% oder zu 5% verzinst wird. Bei einer monatlichen Einzahlung von 400 Franken und einer Verzinsung von 5% ist am Schluss über 60% mehr Kapital vorhanden und damit auch die Rente 60% höher. In dieser Hinsicht erweist sich der Mindestzinssatz als kontraproduktive Grösse. Der Mindestzinssatz ist eine Garantie. Leistungsversprechen reduzieren die Risikofähigkeit. Um eine Rendite zu garantieren, muss man Mindesterträge erzielen. Das geht nur mit risikolosen Anlagen. Um

höhere Renditen, also Überschüsse, zu erzielen, muss der Mindestzinssatz deshalb unter dem Zinssatz für risikolose Anlagen liegen. Auf eine einfache Formel gebracht: Je tiefer der garantierte Zins, desto höher die erwartete Rendite. Letztlich ist es so, dass nach Einführung der Mindestausschüttungsquote, der Legal Quote, der Mindestzinssatz aus Sicht der Versicherten sowieso überflüssig geworden ist. Wenn es diesen Satz aber aus politischen Gründen geben muss, dann brauchen wir unbedingt eine Formel, die den Mindestzinssatz im Gegensatz zu heute berechen- und planbar macht. Das Pensionskassengeschäft ist ein langfristiges Geschäft, deshalb müssen wir unsere Anlagepolitik langfristig ausrichten können. Diese Betrachtungsweise würde in Zukunft verhindern, dass der Mindestzinssatz, also die zu garantierende Rendite, deutlich über dem Zinssatz für eine zehnjährige Bundesobligation liegt.

Die dritte Komponente, die die Altersvorsorge prägt, ist die regulatorische Entwicklung. Sie ist ebenso bedeutend wie die Entwicklung der Demographie und des Kapitalmarktes. Wie Ihnen bekannt ist, sind die gesetzlichen Grundlagen der Versicherungs- und Vorsorgeindustrie, das Versicherungsaufsichtsgesetz und das BVG, letztes Jahr einer umfassenden Revision unterzogen worden. Aus Sicht der Versicherer werden die Bestrebungen im Rahmen der verbesserten Transparenz positiv gewertet. Besonders, weil die entsprechenden Bestimmungen mithelfen werden, verlorengegangenes Vertrauen bei den Versicherten wiederzugewinnen. Auf der negativen Seite der Bilanz schlägt sich aber einiges nieder. Den unrealistisch hohen Umwandlungssatz und die der Bedeutung der Sache nicht gerecht werdende Beliebigkeit bei der Bestimmung des Mindestzinssatzes habe ich bereits erwähnt.

Unterlassen wurde es bei der Revision aber auch, endlich für Vorsorgeeinrichtungen und Versicherungsunternehmen die Voraussetzungen für einen fairen Wettbewerb zu schaffen. Keiner soll vom Gesetzgeber bevorteilt, keiner benachteiligt werden. Die Swiss Life darf, wie die andern Lebensversicherer, von Gesetzes wegen nicht in Unterdeckung gehen. Das heisst: der Wert des Vermögens der Vorsorgeeinrichtung muss stets höher sein als die gesamten Leistungszusagen an die Versicherten. Trotz Börsencrash garantieren also die Versicherer nach wie vor sämtliche Leistungszusagen an die Versicherten. Ganz anders die Pensionskassen. Sie dürfen vorübergehend eine Unterdeckung aufweisen. Diese Ausnahme wurde in den letzten Jahren aber zur Regel. Wieso? Weil viele Pensionskassen, wie die Lebensversicherer, in den Boomjahren vor allem ihren Risikomanagement-Prozess nicht im Griff hatten. An den Folgen mangelhafter Risikoeinschätzung leiden diese Kassen noch heute. Wie Schnee an der Sonne ist ihr Kapitalstock dahingeschmolzen. Gemäss einer Umfrage der Swisscanto lag der durchschnittliche Deckungsgrad bei den Pensionskassen

Ende 2004 bei knapp 100%. Den gesunden Pensionskassen stehen aber fast ebensoviele Kassen mit Unterdeckung gegenüber. Betroffen ist nach einer früheren Statistik ein Viertel aller Versicherten in der Schweiz. Oder bezogen auf das gesamte Alterskapital 40% aller Gelder. Nach wie vor über 60 Milliarden Franken tief ist das Loch bei den öffentlichen Pensionskassen. Bei der Ascoop beispielsweise - der Pensionskasse der öffentlichen Transportunternehmen - fehlen rund 800 Millionen. Wer soll das bezahlen? Die eigene Stiftung mit höheren Beiträgen sanieren und dann noch mit Steuern die Löcher der öffentlichen Kassen stopfen; ich verstehe alle Arbeitnehmer, die über dieses Szenario empört sind. Sie sind die Dummen. Und - so hart es klingen mag - gut fahren damit die heutigen Rentner.

Ich komme zurück auf die BVG-Revision und den regulatorischen Übereifer, der in diesem Zusammenhang an den Tag gelegt wird. Ich kann Ihnen ein weiteres aktuelles Beispiel nennen. Es ist keine zwei Wochen her, dass der Bundesrat das Mindestalter für den Rentenvorbezug in der zweiten Säule von 55 auf 58 erhöht hat. Gegen die einhellige Meinung von rechts und links. Der dahinter stehende Gedanke der generellen Erhöhung des Rentenalters ist zwar richtig. Es macht aber keinen Sinn, hierfür in diesem Nischenbereich der Frühpensionierung ein Exempel zu statuieren. Das verärgert nur alle Betroffenen und verursacht viel Aufwand, weil Reglemente angepasst und unzählige Ausnahmeregelungen getroffen werden müssen. Damit wird die zweite Säule erneut - vom Bundesrat verordnet - verteuert.

Und wie steht es jetzt mit der Zukunft des Lebensversicherungsgeschäfts? Sind die Versicherten bei uns gut aufgehoben und - für die Aktionäre unter ihnen - gilt es, die Versicherungstitel zu halten, zu kaufen oder allenfalls abzustossen? Meine Antwort ist knapp und klar. Ja, unsere Branche hat eine Zukunft. Und sogar eine gute! Warum?

Erstens, weil die Nachfrage nach Vorsorgeleistungen insgesamt steigen wird. Um zu dieser Aussage zu gelangen, muss man kein Prophet sein, sondern lediglich wissen, dass die beiden Faktoren der demographischen Entwicklung - die Bezugsdauer und die Anzahl Bezüger - die Nachfrage nach Vorsorgeleistungen stärken. Zweitens erkenne ich einen Trend, dass die umlagefinanzierten Systeme durch die Kapitaldeckungsverfahren bedrängt werden. In den USA, zum Beispiel, befasst sich die Regierung damit, die umlagefinanzierte Social Security durch eine teilprivatisierte Rentenversicherung zu ersetzen. Der politische Widerstand ist zwar relativ gross, aber mittelfristig dürfte es keine Alternative geben. Auch in Deutschland wird dazu übergegangen, eine zusätzliche private Altersvorsorge durch die Arbeitnehmer mit staatlichen Anreizen zu fördern. Und dann führe ich Ihnen noch einen

dritten Grund auf, wieso wir für das Vorsorgegeschäft zuversichtlich sein dürfen. Ich wage nämlich zu behaupten, dass das Vertrauen in die staatliche Vorsorge weiter abnimmt. Damit einher geht eine allmähliche Ablösung der staatlichen durch die individuelle Vorsorge. Dies zeigen verschiedene Umfragen. Denn die einst versprochenen Leistungen sind mit dem aktuellen staatlichen Umlagesystem nicht mehr finanzierbar. Daran ändert auch ein substanzieller Zustupf aus dem Nationalbankengold nichts. Der Staat wird sich wohl schrittweise aus der Vorsorge zurückziehen und die individualisierte private Vorsorge rückt in den Vordergrund. Ich weiss, meine Damen und Herren, dass es zu diesem Thema auch entgegengesetzte Auffassungen gibt. Einige Gruppierungen sähen es am liebsten, wenn die gesamte Altersvorsorge dem Staat übertragen würde. Das wäre meines Erachtens fatal. Denn der Staat sollte sich vermehrt auf seine Kernkompetenz konzentrieren: die Bereitstellung von geeigneten Rahmenbedingungen für die individuelle Vorsorge und das Sparen - und zwar durch das Setzen von steuerlichen Anreizen und den Erlass von entsprechenden Vorschriften. Als flankierende Massnahme sollte sich der Staat im Rahmen der Armutsbekämpfung engagieren und sich vor allem auch der Armut im Alter annehmen.

Auf den ersten Blick könnte man angesichts des Gesagten als Anbieter von privaten Vorsorgeleistungen leicht in Goldgräberstimmung geraten: Vieles spricht dafür, dass der Vorsorgemarkt wächst und sich das Vorsorgegeschäft in die Privatwirtschaft verlagert. Und dies gereicht nicht zuletzt dem Wirtschaftsstandort Schweiz zum Vorteil. Und trotzdem, die jüngere Vergangenheit hat unsere Branche gelehrt, dass es besser ist, mit beiden Füßen am Boden zu bleiben und auf die eigene Kompetenz zu bauen, als auf Rallys und Blasen zu setzen. Das heisst: die Lebensversicherer müssen dieses Marktpotential auch zu nutzen wissen. Wir werden die Entwicklungen auf allen Ebenen der Altersvorsorge - erste, zweite und dritte Säule - genau beobachten, und uns entsprechend ausrichten. Wie wir gesehen haben, ist das Versicherungsgeschäft stark von den politischen Rahmenbedingungen abhängig.

Gestatten Sie mir daher zum Schluss, noch etwas zum Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik zu sagen. Wenn Zürich die Wirtschaftsmetropole und Bern das Politzentrum ist, dann hat mein heutiger Ausflug nach Bern geradezu Symbolcharakter. Denn ich bin klar der Meinung, dass Politik und Wirtschaft näher rücken müssen. Ganz im Stile der Bahn 2000: Kürzere, direktere, regelmässige und vor allem häufigere Verbindungen zwischen Bern und Zürich. Noch sind wir aber nicht so weit: Wirtschaft und Politik haben nach wie vor Mühe, gemeinsame Ziele konsequent Hand in Hand zu verfolgen. Widersprüche, mangelnde Absprache oder eine missverständliche Kommunikation belasten dieses Verhältnis immer wieder. So gesprochen scheint mir, dass zwischen Politik und Wirtschaft immer noch der

Bummierzug verkehrt: Lange Reisezeit, viele Haltestellen und mehrmals umsteigen. Daran ist nicht zuletzt auch die Wirtschaft schuld: Die Wirtschaft hat sich in der Vergangenheit über die Politik hinweggesetzt oder ihr pauschal und im Stile eines Schulmeisters dreingeredet. So zu verfahren, greift meines Erachtens zu kurz und ist letzten Endes kontraproduktiv. Denn Unternehmensentscheide haben oftmals auch politische Komponenten. Und gerade die Versicherungsindustrie ist auf die Politik angewiesen, bewegt sie sich doch - wie soeben geschildert - in einem stark regulierten Markt. Als Mitglied des Vorstandsausschusses der Economiesuisse versichere ich Ihnen, dass ich bestrebt bin, das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik zu verbessern. Und sollte mich jemand von Ihnen fragen, was denn die Politik dazu tun könnte, dann wäre ich auch nicht verlegen um eine Antwort. Ich wünsche mir, dass die Politik den wirtschaftlichen Realitäten noch mehr Rechnung trägt. Das gilt für die Fragen der Versicherungspolitik, aber auch ganz generell, beispielsweise bei der Europapolitik.

Mit dem Stichwort "Europa" verbinde ich an dieser Stelle noch eine persönliche Anmerkung mit politischem Hintergrund: Die starke Präsenz von Swiss Life in bedeutenden EU-Ländern ist mit ein Grund, dass ich persönlich die Bilateralen II sowie die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit mit Nachdruck unterstütze. Wohl sind wir Versicherer als "Dienstleistungsindustrie" nicht direkt von diesen Abkommen tangiert. Aber mit Blick auf die Bedeutung dieser Verträge für den Werk- und Finanzplatz Schweiz stehen der Schweizerische Versicherungsverband und seine Mitgliedfirmen voll hinter beiden Abkommen. Schengen/Dublin zum Beispiel ermöglicht eine verbesserte Zusammenarbeit im grenzüberschreitenden Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus. Mit der zunehmenden Verflechtung der Finanzmärkte ist dies auch für die Versicherungswirtschaft von grosser Tragweite. Geldwäscherei, Terrorismusfinanzierung und Korruption fordern uns als Unternehmer in unseren Tätigkeitsgebieten heraus. Wer als Schweizer Unternehmen Tochtergesellschaften im grenznahen Europa besitzt, sagt aber auch ja zur erweiterten Personenfreizügigkeit. Der Personalaustausch zwischen Zürich und unseren Standorten in den EU-Ländern ist gang und gäbe. Dieser Austausch von Know-How und Manpower hat sich bewährt und bringt unsere Unternehmen weiter. Wir wollen ihn nicht aufs Spiel setzen und sagen deshalb auch Ja zur erweiterten Personenfreizügigkeit.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss.

Erstens: Die schweizerische Versicherungswirtschaft ist und bleibt ein wichtiger Pfeiler des Wirtschaftsstandortes Schweiz. Sie ist nicht nur eine bedeutende Arbeitgeberin, sondern spielt durch ihre Tätigkeit auch eine wichtige ökonomische, soziale und gesellschaftliche Rolle.

Zweitens: Die schweizerische Assekuranz hat Fehler gemacht und das Vertrauen von Kunden, Politik und Öffentlichkeit aufs Spiel gesetzt. Wir haben daraus die Lehren gezogen.

Drittens: Das schweizerische Vorsorgesystem hat nach wie vor Vorbildcharakter. Damit es diesen behält, sind Korrekturen notwendig. Wir brauchen eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Lösung, die sich an der heutigen Realität orientiert.

Zuletzt noch ein Appell an die jüngeren Personen unter Ihnen. Stellvertretend für die Generation der Jungen. Im Moment findet die Politik der Altersvorsorge ohne Sie statt. Zu Ihrem Nachteil. Mischen Sie sich deshalb ein und überlassen Sie die Diskussion über die Altersvorsorge nicht den 50- und 60-jährigen. Denn die Politik von heute wird sich vor allem morgen und übermorgen - d.h. für Sie, Ihre Kinder und Enkel - auswirken. Helfen Sie also mit, eine nachhaltige Altersvorsorge zu gestalten. Es ist zu Ihrem Vorteil.

Herzlichen Dank.